

Prova A60

Tecnologia nella scuola secondaria di primo grado

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato indichi i contenuti e gli obiettivi di un'unità di apprendimento dedicata alla misura di lunghezze, in cui nell'attività pratica è previsto l'uso di moderne tecnologie.

Quesito 2 - Fra le fonti rinnovabili di energia vi sono le biomasse. Il candidato spieghi agli alunni la loro origine e l'impatto ambientale connesso al loro sfruttamento.

Quesito 3 - Il candidato determini i contenuti di un 'unità di apprendimento dedicata allo sfruttamento dell'energia solare per produrre energia elettrica.

Quesito 4 - Nell'ambito di una didattica orientativa il candidato definisca i contenuti di unità di apprendimento dedicata ai centri di lavoro a controllo numerico computerizzato.

Quesito 5 - Il candidato determini obiettivi e contenuti di un'unità di apprendimento dedicata alle principali grandezze elettriche, che preveda l'uso di strumenti di misura.

Quesito 6 - Il candidato progetti un percorso didattico contestualizzato alle esperienze di vita quotidiana degli alunni, al fine di suscitare interesse per le tecnologie riducendo il rischio di dispersione scolastica.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Strategien für die Bekämpfung des Schulabbruchs

In der Empfehlung des Rates wird im Sinne der Wirksamkeit der umfassenden Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs angeregt, die drei folgenden Arten von Maßnahmen vorzusehen:

- Präventionsmaßnahmen, mit denen die grundlegenden Probleme angegangen werden sollen, die möglicherweise zum Schulabbruch führen.*
- Interventionsmaßnahmen, mit denen durch eine bessere Qualität von Bildung und Ausbildung und gezielte Förderung auftretende Schwierigkeiten von Schülern beseitigt werden sollen.*
- Kompensationsmaßnahmen, die jungen Menschen, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, neue Chancen bieten, doch noch einen Abschluss zu erreichen.*

Umfassende Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs sollten darüber hinaus auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abheben, und sie sollten die Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen und verschiedener Stellen in den Bereichen Jugend, Soziales/Wohlfahrt, Beschäftigung und Gesundheit koordinieren. Mit anderen Worten: Die Empfehlung setzt sich für den Übergang von eher bruchstückhaften Bemühungen zu einem integrierten, umfassenden Ansatz ein.

In den sechs Ländern, die eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs verabschiedet haben (Belgien, Bulgarien, Spanien, Malta, Niederlande und Österreich), bestehen vielfältige sowohl neue als auch bereits laufende Strategien für alle drei Maßnahmenbereiche: Prävention, Intervention und Kompensation. Bei

einigen der Strategien steht jedoch gleichzeitig ein bestimmter Aspekt im Mittelpunkt. Die Strategien aus Belgien, Malta und den Niederlanden legen den Akzent eindeutig auf Präventionsmaßnahmen, während die österreichische Strategie ein gut entwickeltes Kompensationselement enthält.

In Belgien (flämische Gemeinschaft) betreffen die meisten Maßnahmen des „Flämischen Aktionsplans gegen Schulabbruch“ (eingeführt 2013) den Bereich Prävention. Zu ihnen gehören unter anderem Informationsmaterial für Schulen zum Thema Schulabbruch, Informationen zum Thema Schulabbruch im Internet, Förderung flexibler Bildungsgänge in der Sekundarstufe, Verbesserung der beruflichen Sekundarausbildung und Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf den Schulabbruch. Außerdem findet sich in der Strategie ein eigenes Kapitel über die Datenerhebung über frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgang sowie über Monitoring, Berichterstattung und Aufklärung von Schulleitern und Lehrern über Art und Umfang des Problems in ihrer beruflichen Fortbildung.

Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 51f. (2014).

Der Rat der europäischen Bildungsminister ...

- a) ... fördert Forschungsprojekte zur Analyse der Ursachen von Schulabbruch.
- b) ... fordert und fördert in erster Linie Interventionsmaßnahmen.
- c) ... hält das Problem des Schulabbruchs für gelöst.
- d) ... setzt sich für einen komplexen Ansatz zur Lösung der Probleme ein.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Strategien für die Bekämpfung des Schulabbruchs

In der Empfehlung des Rates wird im Sinne der Wirksamkeit der umfassenden Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs angeregt, die drei folgenden Arten von Maßnahmen vorzusehen:

- *Präventionsmaßnahmen, mit denen die grundlegenden Probleme angegangen werden sollen, die möglicherweise zum Schulabbruch führen.*
- *Interventionsmaßnahmen, mit denen durch eine bessere Qualität von Bildung und Ausbildung und gezielte Förderung auftretende Schwierigkeiten von Schülern beseitigt werden sollen.*
- *Kompensationsmaßnahmen, die jungen Menschen, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, neue Chancen bieten, doch noch einen Abschluss zu erreichen.*

Umfassende Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs sollten darüber hinaus auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abheben, und sie sollten die Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen und verschiedener Stellen in den Bereichen Jugend, Soziales/Wohlfahrt, Beschäftigung und Gesundheit koordinieren. Mit anderen Worten: Die Empfehlung setzt sich für den Übergang von eher bruchstückhaften Bemühungen zu einem integrierten, umfassenden Ansatz ein.

In den sechs Ländern, die eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs verabschiedet haben (Belgien, Bulgarien, Spanien, Malta, Niederlande und Österreich), bestehen vielfältige sowohl neue als auch bereits laufende Strategien für alle drei Maßnahmenbereiche: Prävention, Intervention und Kompensation. Bei einigen der Strategien steht jedoch gleichzeitig ein bestimmter Aspekt im Mittelpunkt. Die Strategien aus Belgien, Malta und den Niederlanden legen den Akzent eindeutig auf Präventionsmaßnahmen, während die österreichische Strategie ein gut entwickeltes Kompensationselement enthält.

In Belgien (flämische Gemeinschaft) betreffen die meisten Maßnahmen des „Flämischen Aktionsplans gegen Schulabbruch“ (eingeführt 2013) den Bereich Prävention. Zu ihnen gehören unter anderem Informationsmaterial für Schulen zum Thema Schulabbruch, Informationen zum Thema Schulabbruch im Internet, Förderung flexibler

Bildungsgänge in der Sekundarstufe, Verbesserung der beruflichen Sekundarausbildung und Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf den Schulabbruch. Außerdem findet sich in der Strategie ein eigenes Kapitel über die Datenerhebung über frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgang sowie über Monitoring, Berichterstattung und Aufklärung von Schulleitern und Lehrern über Art und Umfang des Problems in ihrer beruflichen Fortbildung.

Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 51f. (2014).

Einzelne Länder ...

- a) ... überarbeiten ihr Bildungssystem.
- b) ... halten Maßnahmen gegen Schulabbruch für überflüssig.
- c) ... führen das Prinzip der Inklusion als Maßnahme gegen Schulabbruch ein.
- d) ... setzen bestimmte Schwerpunkte bei ihren Maßnahmenpaketen.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Strategien für die Bekämpfung des Schulabbruchs

In der Empfehlung des Rates wird im Sinne der Wirksamkeit der umfassenden Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs angeregt, die drei folgenden Arten von Maßnahmen vorzusehen:

- *Präventionsmaßnahmen, mit denen die grundlegenden Probleme angegangen werden sollen, die möglicherweise zum Schulabbruch führen.*
- *Interventionsmaßnahmen, mit denen durch eine bessere Qualität von Bildung und Ausbildung und gezielte Förderung auftretende Schwierigkeiten von Schülern beseitigt werden sollen.*
- *Kompensationsmaßnahmen, die jungen Menschen, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, neue Chancen bieten, doch noch einen Abschluss zu erreichen.*

Umfassende Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs sollten darüber hinaus auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abheben, und sie sollten die Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen und verschiedener Stellen in den Bereichen Jugend, Soziales/Wohlfahrt, Beschäftigung und Gesundheit koordinieren. Mit anderen Worten: Die Empfehlung setzt sich für den Übergang von eher bruchstückhaften Bemühungen zu einem integrierten, umfassenden Ansatz ein.

In den sechs Ländern, die eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs verabschiedet haben (Belgien, Bulgarien, Spanien, Malta, Niederlande und Österreich), bestehen vielfältige sowohl neue als auch bereits laufende Strategien für alle drei Maßnahmenbereiche: Prävention, Intervention und Kompensation. Bei einigen der Strategien steht jedoch gleichzeitig ein bestimmter Aspekt im Mittelpunkt. Die Strategien aus Belgien, Malta und den Niederlanden legen den Akzent eindeutig auf Präventionsmaßnahmen, während die österreichische Strategie ein gut entwickeltes Kompensationselement enthält.

In Belgien (flämische Gemeinschaft) betreffen die meisten Maßnahmen des „Flämischen Aktionsplans gegen Schulabbruch“ (eingeführt 2013) den Bereich Prävention. Zu ihnen gehören unter anderem Informationsmaterial für Schulen zum Thema Schulabbruch, Informationen zum Thema Schulabbruch im Internet, Förderung flexibler Bildungsgänge in der Sekundarstufe, Verbesserung der beruflichen Sekundarausbildung und Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf den Schulabbruch. Außerdem findet sich in der Strategie ein eigenes Kapitel über die Datenerhebung über frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgang sowie über Monitoring, Berichterstattung und Aufklärung von Schulleitern und Lehrern über Art und Umfang des Problems in ihrer beruflichen Fortbildung.

Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 51f. (2014).

Das österreichische Maßnahmenpaket ...

- a) ... beinhaltet Praktika, die den Übergang in ein Lehrverhältnis erleichtern sollen.
- b) ... legt den Schwerpunkt auf Kompensationsmaßnahmen.
- c) ... bietet Wiedereingliederungskurse für Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher an.
- d) ... zielt darauf ab, die obligatorische Schulzeit zu verlängern.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Strategien für die Bekämpfung des Schulabbruchs

In der Empfehlung des Rates wird im Sinne der Wirksamkeit der umfassenden Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs angeregt, die drei folgenden Arten von Maßnahmen vorzusehen:

- *Präventionsmaßnahmen, mit denen die grundlegenden Probleme angegangen werden sollen, die möglicherweise zum Schulabbruch führen.*
- *Interventionsmaßnahmen, mit denen durch eine bessere Qualität von Bildung und Ausbildung und gezielte Förderung auftretende Schwierigkeiten von Schülern beseitigt werden sollen.*
- *Kompensationsmaßnahmen, die jungen Menschen, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, neue Chancen bieten, doch noch einen Abschluss zu erreichen.*

Umfassende Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs sollten darüber hinaus auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abheben, und sie sollten die Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen und verschiedener Stellen in den Bereichen Jugend, Soziales/Wohlfahrt, Beschäftigung und Gesundheit koordinieren. Mit anderen Worten: Die Empfehlung setzt sich für den Übergang von eher bruchstückhaften Bemühungen zu einem integrierten, umfassenden Ansatz ein.

In den sechs Ländern, die eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs verabschiedet haben (Belgien, Bulgarien, Spanien, Malta, Niederlande und Österreich), bestehen vielfältige sowohl neue als auch bereits laufende Strategien für alle drei Maßnahmenbereiche: Prävention, Intervention und Kompensation. Bei einigen der Strategien steht jedoch gleichzeitig ein bestimmter Aspekt im Mittelpunkt. Die Strategien aus Belgien, Malta und den Niederlanden legen den Akzent eindeutig auf Präventionsmaßnahmen, während die österreichische Strategie ein gut entwickeltes Kompensationselement enthält.

In Belgien (flämische Gemeinschaft) betreffen die meisten Maßnahmen des „Flämischen Aktionsplans gegen Schulabbruch“ (eingeführt 2013) den Bereich Prävention. Zu ihnen gehören unter anderem Informationsmaterial für Schulen zum Thema Schulabbruch, Informationen zum Thema Schulabbruch im Internet, Förderung flexibler Bildungsgänge in der Sekundarstufe, Verbesserung der beruflichen Sekundarausbildung und Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf den Schulabbruch. Außerdem findet sich in der Strategie ein eigenes Kapitel über die Datenerhebung über frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgang sowie über Monitoring, Berichterstattung und Aufklärung von Schulleitern und Lehrern über Art und Umfang des Problems in ihrer beruflichen Fortbildung.

Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 51f. (2014).

Für die flämische Gemeinschaft Belgiens hingegen ...

- a) ... sind Broschüren und Internetaufklärung für jugendliche Risikogruppen wichtig.
- b) ... stehen Information und die Flexibilisierung der Ausbildung im Zentrum der Bemühungen.
- c) ... gelten Aufklärungskampagnen mit Hilfe der Medien als wirkungsvoll.
- d) ... bedeuten Informationsmaßnahmen ein notwendiges Übel.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Strategien für die Bekämpfung des Schulabbruchs

In der Empfehlung des Rates wird im Sinne der Wirksamkeit der umfassenden Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs angeregt, die drei folgenden Arten von Maßnahmen vorzusehen:

- *Präventionsmaßnahmen, mit denen die grundlegenden Probleme angegangen werden sollen, die möglicherweise zum Schulabbruch führen.*
- *Interventionsmaßnahmen, mit denen durch eine bessere Qualität von Bildung und Ausbildung und gezielte Förderung auftretende Schwierigkeiten von Schülern beseitigt werden sollen.*
- *Kompensationsmaßnahmen, die jungen Menschen, die die Schule oder Ausbildung abgebrochen haben, neue Chancen bieten, doch noch einen Abschluss zu erreichen.*

Umfassende Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs sollten darüber hinaus auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abheben, und sie sollten die Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen und verschiedener Stellen in den Bereichen Jugend, Soziales/Wohlfahrt, Beschäftigung und Gesundheit koordinieren. Mit anderen Worten: Die Empfehlung setzt sich für den Übergang von eher bruchstückhaften Bemühungen zu einem integrierten, umfassenden Ansatz ein.

In den sechs Ländern, die eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Schulabbruchs verabschiedet haben (Belgien, Bulgarien, Spanien, Malta, Niederlande und Österreich), bestehen vielfältige sowohl neue als auch bereits laufende Strategien für alle drei Maßnahmenbereiche: Prävention, Intervention und Kompensation. Bei einigen der Strategien steht jedoch gleichzeitig ein bestimmter Aspekt im Mittelpunkt. Die Strategien aus Belgien, Malta und den Niederlanden legen den Akzent eindeutig auf Präventionsmaßnahmen, während die österreichische Strategie ein gut entwickeltes Kompensationselement enthält.

In Belgien (flämische Gemeinschaft) betreffen die meisten Maßnahmen des „Flämischen Aktionsplans gegen Schulabbruch“ (eingeführt 2013) den Bereich Prävention. Zu ihnen gehören unter anderem Informationsmaterial für Schulen zum Thema Schulabbruch, Informationen zum Thema Schulabbruch im Internet, Förderung flexibler Bildungsgänge in der Sekundarstufe, Verbesserung der beruflichen Sekundarausbildung und Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf den Schulabbruch. Außerdem findet sich in der Strategie ein eigenes Kapitel über die Datenerhebung über frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgang sowie über Monitoring, Berichterstattung und Aufklärung von Schulleitern und Lehrern über Art und Umfang des Problems in ihrer beruflichen Fortbildung.

Aus: Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Strategien, Konzepte und Maßnahmen. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, S. 51f. (2014).

Für Lehrpersonen und SchulleiterInnen ...

- a) ... bieten die Niederlande ein berufsbegleitendes Studium in Jugendpsychologie an.

- b) ... sieht die flämische Gemeinschaft Belgiens die Auseinandersetzung mit dem Problem des Schulabbruchs im Rahmen von Weiterbildungskursen vor.
- c) ... empfiehlt der europäische Maßnahmenplan eine obligatorische Weiterbildung über das Problem des Schulabbruchs.
- d) ... werden in Bulgarien, Spanien und Malta Sommerkurse zum Studium der Problematik angeboten.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbrecher: Deutsche Bundesregierung will Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss

Ohne Abschlusszeugnis sind die Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz miserabel. Die Regierungskoalition will darum das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankern - und künftig soll die Arbeitsagentur beim Nachsitzen helfen.

„80.000 Menschen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss“ sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag; das bedeute „programmierte Armut“. Das Risiko, keine Lehrstelle oder Arbeit zu finden, sei bei Menschen ohne jeden Abschluss besonders hoch.

In Deutschland soll es darum künftig einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben. Jeder Bundesbürger, der die Schule nicht gepackt hat, soll nachträglich die Möglichkeit bekommen, bei einem neuen Anlauf einen Abschluss zu erhalten und so seine beruflichen Chancen zu verbessern.

Darauf hätten sich die Fachminister der Koalition verständigt, sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag in Berlin. Wer es nicht in der normalen Schulzeit schafft und abbricht oder die Schule ohne ausreichendes Zeugnis verlässt, soll den Abschluss dann mit einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit nachholen.

Die Quote derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steige nach wie vor, sagte Scholz am Montag in Berlin. Er mache im Übrigen „nicht mehr mit bei der Aussage, dass wir nicht genug Geeignete haben, um die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern“. Der Rechtsanspruch auf einen Abschluss verbessere die Chancen der Betroffenen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Auch das SPD-Präsidium unterstützte am Montag diesen Rechtsanspruch.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 510.000 Menschen ohne Schulabschluss zurzeit arbeitslos gemeldet. Der Rechtsanspruch solle vor allem jenen Arbeitslosen helfen, die sich nach längerer Arbeitslosigkeit „noch einmal anstrengen wollen“, sagte Scholz. Dies gelte unabhängig vom Alter.

Die Kultusminister der Länder hatten in den letzten Jahren immer wieder angekündigt, die Schulabbrecherquote zu senken und möglichst zu halbieren.

Aus: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulabbrecher-regierung-wil-l-rechtsanspruch-auf-hauptschulabschluss-a-554157-druck.html>
[03.03.2016]

In Deutschland ...

- a) ... sollen sich in Zukunft nur die Hauptschulen um die Schüler ohne Schulabschluss kümmern.
- b) ... ist der Hauptschulabschluss Pflicht.
- c) ... soll das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankert werden.
- d) ... sollen in Zukunft Jugendliche ohne Schulabschluss finanziell unterstützt werden.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbrecher: Deutsche Bundesregierung will Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss

Ohne Abschlusszeugnis sind die Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz miserabel. Die Regierungskoalition will darum das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankern - und künftig soll die Arbeitsagentur beim Nachsitzen helfen.

„80.000 Menschen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss“ sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag; das bedeute „programmierte Armut“. Das Risiko, keine Lehrstelle oder Arbeit zu finden, sei bei Menschen ohne jeden Abschluss besonders hoch.

In Deutschland soll es darum künftig einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben. Jeder Bundesbürger, der die Schule nicht gepackt hat, soll nachträglich die Möglichkeit bekommen, bei einem neuen Anlauf einen Abschluss zu erhalten und so seine beruflichen Chancen zu verbessern.

Darauf hätten sich die Fachminister der Koalition verständigt, sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag in Berlin. Wer es nicht in der normalen Schulzeit schafft und abbricht oder die Schule ohne ausreichendes Zeugnis verlässt, soll den Abschluss dann mit einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit nachholen.

Die Quote derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steige nach wie vor, sagte Scholz am Montag in Berlin. Er mache im Übrigen „nicht mehr mit bei der Aussage, dass wir nicht genug Geeignete haben, um die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern“. Der Rechtsanspruch auf einen Abschluss verbessere die Chancen der Betroffenen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Auch das SPD-Präsidium unterstützte am Montag diesen Rechtsanspruch.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 510.000 Menschen ohne Schulabschluss zurzeit arbeitslos gemeldet. Der Rechtsanspruch solle vor allem jenen Arbeitslosen helfen, die sich nach längerer Arbeitslosigkeit „noch einmal anstrengen wollen“, sagte Scholz. Dies gelte unabhängig vom Alter.

Die Kultusminister der Länder hatten in den letzten Jahren immer wieder angekündigt, die Schulabbrecherquote zu senken und möglichst zu halbieren.

Aus: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulabbrecher-regierung-will-l-rechtsanspruch-auf-hauptschulabschluss-a-554157-druck.html>
[03.03.2016]

Jugendliche ohne Schulabschluss ...

- a) ... finden sehr oft keine Lehrstelle.
- b) ... haben in Zukunft das Recht auf eine Arbeitsstelle.
- c) ... haben in Zukunft das Recht auf eine Lehrstelle.
- d) ... suchen keine Arbeit.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbrecher: Deutsche Bundesregierung will Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss

Ohne Abschlusszeugnis sind die Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz miserabel. Die Regierungskoalition will darum das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankern - und künftig soll die Arbeitsagentur beim Nachsitzen helfen.

„80.000 Menschen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss“ sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag; das bedeute „programmierte Armut“. Das Risiko, keine Lehrstelle oder Arbeit zu finden, sei bei Menschen ohne jeden Abschluss besonders hoch.

In Deutschland soll es darum künftig einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben. Jeder Bundesbürger, der die Schule nicht gepackt hat, soll nachträglich die Möglichkeit bekommen, bei einem neuen Anlauf einen Abschluss zu erhalten und so seine beruflichen Chancen zu verbessern.

Darauf hätten sich die Fachminister der Koalition verständigt, sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag in Berlin. Wer es nicht in der normalen Schulzeit schafft und abbricht oder die Schule ohne ausreichendes Zeugnis verlässt, soll den Abschluss dann mit einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit nachholen.

Die Quote derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steige nach wie vor, sagte Scholz am Montag in Berlin. Er mache im Übrigen „nicht mehr mit bei der Aussage, dass wir nicht genug Geeignete haben, um die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern“. Der Rechtsanspruch auf einen Abschluss verbessere die Chancen der Betroffenen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Auch das SPD-Präsidium unterstützte am Montag diesen Rechtsanspruch.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 510.000 Menschen ohne Schulabschluss zurzeit arbeitslos gemeldet. Der Rechtsanspruch solle vor allem jenen Arbeitslosen helfen, die sich nach längerer Arbeitslosigkeit „noch einmal anstrengen wollen“, sagte Scholz. Dies gelte unabhängig vom Alter.

Die Kultusminister der Länder hatten in den letzten Jahren immer wieder angekündigt, die Schulabbrecherquote zu senken und möglichst zu halbieren.

**Aus: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulabbrecher-regierung-will-rechtsanspruch-auf-hauptschulabschluss-a-554157-druck.html>
[03.03.2016]**

Immer mehr Jugendliche verlassen in Deutschland ...

- a) ... die Schule ohne Schulabschluss.
- b) ... die Schule mit dem Abitur.
- c) ... die Schule mit einem schlechten Notendurchschnitt.
- d) ... die Schule mit dem Hauptschulabschluss.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbrecher: Deutsche Bundesregierung will Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss

Ohne Abschlusszeugnis sind die Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz miserabel. Die Regierungskoalition will darum das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankern - und künftig soll die Arbeitsagentur beim Nachsitzen helfen.

„80.000 Menschen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss“ sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag; das bedeute „programmierte Armut“. Das Risiko, keine Lehrstelle oder Arbeit zu finden, sei bei Menschen ohne jeden Abschluss besonders hoch.

In Deutschland soll es darum künftig einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben. Jeder Bundesbürger, der die Schule nicht gepackt hat, soll nachträglich die Möglichkeit bekommen, bei einem neuen Anlauf einen Abschluss zu erhalten und so seine beruflichen Chancen zu verbessern.

Darauf hätten sich die Fachminister der Koalition verständigt, sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag in Berlin. Wer es nicht in der normalen Schulzeit schafft und abbricht oder die Schule ohne ausreichendes Zeugnis verlässt, soll den Abschluss dann mit einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit nachholen.

Die Quote derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steige nach wie vor, sagte Scholz am Montag in Berlin. Er mache im Übrigen „nicht mehr mit bei der Aussage, dass wir nicht genug Geeignete haben, um die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern“. Der Rechtsanspruch auf einen Abschluss verbessere

die Chancen der Betroffenen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Auch das SPD-Präsidium unterstützte am Montag diesen Rechtsanspruch.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 510.000 Menschen ohne Schulabschluss zurzeit arbeitslos gemeldet. Der Rechtsanspruch solle vor allem jenen Arbeitslosen helfen, die sich nach längerer Arbeitslosigkeit „noch einmal anstrengen wollen“, sagte Scholz. Dies gelte unabhängig vom Alter.

Die Kultusminister der Länder hatten in den letzten Jahren immer wieder angekündigt, die Schulabbrecherquote zu senken und möglichst zu halbieren.

Aus: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulabbrecher-regierung-wil-l-rechtsanspruch-auf-hauptschulabschluss-a-554157-druck.html>
[03.03.2016]

Arbeitslose sollen unterstützt werden, ...

- a) ... um eine neue Ausbildung anstreben zu können.
- b) ... um einen Schulabschluss nachzuholen.
- c) ... um frühzeitig in Rente gehen zu können.
- d) ... um finanziell über die Runden zu kommen.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulabbrecher: Deutsche Bundesregierung will Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss

Ohne Abschlusszeugnis sind die Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz miserabel. Die Regierungskoalition will darum das Recht auf einen Schulabschluss gesetzlich verankern - und künftig soll die Arbeitsagentur beim Nachsitzen helfen.

„80.000 Menschen verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss“ sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag; das bedeute „programmierte Armut“. Das Risiko, keine Lehrstelle oder Arbeit zu finden, sei bei Menschen ohne jeden Abschluss besonders hoch.

In Deutschland soll es darum künftig einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben. Jeder Bundesbürger, der die Schule nicht gepackt hat, soll nachträglich die Möglichkeit bekommen, bei einem neuen Anlauf einen Abschluss zu erhalten und so seine beruflichen Chancen zu verbessern.

Darauf hätten sich die Fachminister der Koalition verständigt, sagte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am Montag in Berlin. Wer es nicht in der normalen Schulzeit schafft und abbricht oder die Schule ohne ausreichendes Zeugnis verlässt, soll den Abschluss dann mit einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit nachholen.

Die Quote derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steige nach wie vor, sagte Scholz am Montag in Berlin. Er mache im Übrigen „nicht mehr mit bei der Aussage, dass wir nicht genug Geeignete haben, um die beruflichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern“. Der Rechtsanspruch auf einen Abschluss verbessere die Chancen der Betroffenen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Auch das SPD-Präsidium unterstützte am Montag diesen Rechtsanspruch.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind 510.000 Menschen ohne Schulabschluss zurzeit arbeitslos gemeldet. Der Rechtsanspruch solle vor allem jenen Arbeitslosen helfen, die sich nach längerer Arbeitslosigkeit „noch einmal anstrengen wollen“, sagte Scholz. Dies gelte unabhängig vom Alter.

Die Kultusminister der Länder hatten in den letzten Jahren immer wieder angekündigt, die Schulabbrecherquote zu senken und möglichst zu halbieren.

Aus: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schulabbrecher-regierung-wil>

Die Bundesagentur für Arbeit ...

- a) ... soll Daten über die Arbeitslosen ohne Schulabschluss sammeln.
- b) ... soll das Nachholen des Schulabschlusses fördern.
- c) ... soll Daten über den Schulabschluss erheben.
- d) ... soll die Schulabbrecher finanziell unterstützen.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Europe 2020 Target: Early Leavers From Education and Training

Early school leaving is an obstacle to economic growth and employment. It hampers productivity and competitiveness, and fuels poverty and social exclusion. With its shrinking workforce, Europe has to make full use of its human resources. Young people who leave education and training prematurely are bound to lack skills and qualifications, and to face serious, persistent problems on the labour market.

To ensure the effectiveness of the policies advocated by the 2011 Council Recommendation, it is important to identify the main factors leading to early school leaving and to monitor developments at national, regional and local level. First experiences in countries applying more advanced data collection systems show that high-quality evidence monitoring is very useful in maximising the reduction of early school leaving. As early school leaving is more frequent among young people from disadvantaged backgrounds, among people with migrant background and ethnic minorities such as Roma, and among boys, these should be key target groups for policy interventions. Prevention and early intervention can be strengthened through better support for those at risk at an early age. There should also be better support for teachers, trainers and other education staff, parental involvement and stronger cooperation in and around schools, including with local communities and stakeholders. Extra-curricular activities and measures to raise the self-esteem, motivation and resilience of young people at risk of leaving school early are also important.

Intervention measures must be designed in a way that does not lead to segregation in the education system e.g. by creating measures that are beneficial for all students and all types of education and training institutions or by designing alternative educational pathways in a way that they provide relevant qualifications which allow learners to re-enter mainstream education and training. Increasing the provision of high-quality initial VET can help reduce early school leaving.

Excerpted from Europe 2020 Target: Early Leavers from Education and Training
retrievable at http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/29_early_school_leaving_02.pdf

The dropout phenomenon

- a) might curb poverty, social exclusion, marginalization and promote education
- b) relies on the lack of skills and qualifications among European youths
- c) enhances economic growth, employment and competitiveness across Europe
- d) causes serious employment problems to young people and hinders efficiency in production

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Europe 2020 Target: Early Leavers From Education and Training

Early school leaving is an obstacle to economic growth and employment. It hampers productivity and competitiveness, and fuels poverty and social exclusion. With its shrinking workforce, Europe has to make full use of its human resources. Young people who leave education and training prematurely are bound to lack skills and qualifications, and to face serious, persistent problems on the labour market.

To ensure the effectiveness of the policies advocated by the 2011 Council Recommendation, it is important to identify the main factors leading to early school leaving and to monitor developments at national, regional and local level. First experiences in countries applying more advanced data collection systems show that high-quality evidence monitoring is very useful in maximising the reduction of early school leaving. As early school leaving is more frequent among young people from disadvantaged backgrounds, among people with migrant background and ethnic minorities such as Roma, and among boys, these should be key target groups for policy interventions. Prevention and early intervention can be strengthened through better support for those at risk at an early age. There should also be better support for teachers, trainers and other education staff, parental involvement and stronger cooperation in and around schools, including with local communities and stakeholders. Extra-curricular activities and measures to raise the self-esteem, motivation and resilience of young people at risk of leaving school early are also important.

Intervention measures must be designed in a way that does not lead to segregation in the education system e.g. by creating measures that are beneficial for all students and all types of education and training institutions or by designing alternative educational pathways in a way that they provide relevant qualifications which allow learners to re-enter mainstream education and training. Increasing the provision of high-quality initial VET can help reduce early school leaving.

Excerpted from Europe 2020 Target: Early Leavers from Education and Training
retrievable at http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/29_early_school_leaving_02.pdf

The data collected shows that

- a) early school leaving is increasingly rare among young people from disadvantaged backgrounds
- b) Roma students should be the key target ethnic group for indiscriminate interventions
- c) effective monitoring of the key factors is very useful for the implementation of early school leaving across Europe
- d) scrutinizing the key factors is essential to minimize early school leaving, especially among groups at risk

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Europe 2020 Target: Early Leavers From Education and Training

Early school leaving is an obstacle to economic growth and employment. It hampers productivity and competitiveness, and fuels poverty and social exclusion. With its shrinking workforce, Europe has to make full use of its human resources. Young people who leave education and training prematurely are bound to lack skills and qualifications, and to face serious, persistent problems on the labour market.

To ensure the effectiveness of the policies advocated by the 2011 Council Recommendation, it is important to identify the main factors leading to early school leaving and to monitor developments at national, regional and local level. First experiences in countries applying more advanced data collection systems show that high-quality evidence monitoring is very useful in maximising the reduction of early school leaving. As early school leaving is more frequent among young people from disadvantaged backgrounds, among people with migrant background and ethnic minorities such as Roma, and among boys, these should be key target groups for policy interventions. Prevention and early intervention can be strengthened through better support for those at risk at an early age. There should also be better support for teachers, trainers and other education staff, parental involvement and stronger cooperation in and around schools, including with local communities and stakeholders. Extra-curricular activities and measures to raise the self-esteem, motivation and resilience of young people at risk of leaving

school early are also important.

Intervention measures must be designed in a way that does not lead to segregation in the education system e.g. by creating measures that are beneficial for all students and all types of education and training institutions or by designing alternative educational pathways in a way that they provide relevant qualifications which allow learners to re-enter mainstream education and training. Increasing the provision of high-quality initial VET can help reduce early school leaving.

Excerpted from Europe 2020 Target: Early Leavers from Education and Training
retrievable at http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/29_early_school_leaving_02.pdf

Prevention and early intervention

- a) only regard local and/or regional departments for education
- b) should include parental involvement above all in extra-curricular activities
- c) seldom require endorsement for risk groups in faith schools
- d) should include youth at risk, educators, and other groups with an interest

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Europe 2020 Target: Early Leavers From Education and Training

Early school leaving is an obstacle to economic growth and employment. It hampers productivity and competitiveness, and fuels poverty and social exclusion. With its shrinking workforce, Europe has to make full use of its human resources. Young people who leave education and training prematurely are bound to lack skills and qualifications, and to face serious, persistent problems on the labour market.

To ensure the effectiveness of the policies advocated by the 2011 Council Recommendation, it is important to identify the main factors leading to early school leaving and to monitor developments at national, regional and local level. First experiences in countries applying more advanced data collection systems show that high-quality evidence monitoring is very useful in maximising the reduction of early school leaving. As early school leaving is more frequent among young people from disadvantaged backgrounds, among people with migrant background and ethnic minorities such as Roma, and among boys, these should be key target groups for policy interventions. Prevention and early intervention can be strengthened through better support for those at risk at an early age. There should also be better support for teachers, trainers and other education staff, parental involvement and stronger cooperation in and around schools, including with local communities and stakeholders. Extra-curricular activities and measures to raise the self-esteem, motivation and resilience of young people at risk of leaving school early are also important.

Intervention measures must be designed in a way that does not lead to segregation in the education system e.g. by creating measures that are beneficial for all students and all types of education and training institutions or by designing alternative educational pathways in a way that they provide relevant qualifications which allow learners to re-enter mainstream education and training. Increasing the provision of high-quality initial VET can help reduce early school leaving.

Excerpted from Europe 2020 Target: Early Leavers from Education and Training
retrievable at http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/29_early_school_leaving_02.pdf

For young people at risk, extra-curricular activities

- a) are both mandatory and useful to develop logic skills in VET
- b) are important for young people who loathe the idea of leaving school early
- c) can play a role as well as other inspiring, confidence-building activities
- d) are needed for improving and developing logic skills in VET

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Europe 2020 Target: Early Leavers From Education and Training

Early school leaving is an obstacle to economic growth and employment. It hampers productivity and competitiveness, and fuels poverty and social exclusion. With its shrinking workforce, Europe has to make full use of its human resources. Young people who leave education and training prematurely are bound to lack skills and qualifications, and to face serious, persistent problems on the labour market.

To ensure the effectiveness of the policies advocated by the 2011 Council Recommendation, it is important to identify the main factors leading to early school leaving and to monitor developments at national, regional and local level. First experiences in countries applying more advanced data collection systems show that high-quality evidence monitoring is very useful in maximising the reduction of early school leaving. As early school leaving is more frequent among young people from disadvantaged backgrounds, among people with migrant background and ethnic minorities such as Roma, and among boys, these should be key target groups for policy interventions. Prevention and early intervention can be strengthened through better support for those at risk at an early age. There should also be better support for teachers, trainers and other education staff, parental involvement and stronger cooperation in and around schools, including with local communities and stakeholders. Extra-curricular activities and measures to raise the self-esteem, motivation and resilience of young people at risk of leaving school early are also important.

Intervention measures must be designed in a way that does not lead to segregation in the education system e.g. by creating measures that are beneficial for all students and all types of education and training institutions or by designing alternative educational pathways in a way that they provide relevant qualifications which allow learners to re-enter mainstream education and training. Increasing the provision of high-quality initial VET can help reduce early school leaving.

Excerpted from Europe 2020 Target: Early Leavers from Education and Training
retrievable at http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/29_early_school_leaving_02.pdf

In order to favour return to schooling, effective strategies

- a) are important and mandatory in high-quality initial vocational and educational training
- b) need to be beneficial for all students and provide alternative educational pathways
- c) provide a specific qualification to parents, local communities and other stakeholders
- d) only require marginal educational pathways in mainstream education and training

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Improving equity in education and reducing school failure pays off

Reducing school failure pays off for both society and individuals. It can also contribute to economic growth and social development. Indeed the highest performing education systems across OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) countries are those that combine quality with equity. Equity in education means that personal or social circumstances such as gender, ethnic origin or family background, are not obstacles to achieving educational potential (fairness) and that all individuals reach at least a basic minimum level of skills (inclusion). In these education systems, the vast majority of students have the opportunity to attain high level skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances.

Across OECD countries, almost one of every five students does not reach a basic minimum level of skills to function in today's societies (indicating lack of inclusion). Students from low socioeconomic background are twice as likely to be low performers, implying that personal or social circumstances are obstacles to achieving their educational potential (indicating lack of fairness). Lack of inclusion and fairness fuels school failure, of which dropout is the most visible manifestation – with 20% of young adults on average dropping out before finalising upper secondary education.

The economic and social costs of school failure and dropout are high, whereas successful secondary education completion gives individuals better employment and healthier lifestyle prospects resulting in greater contributions to public budgets and investment. More educated people contribute to more democratic societies and sustainable economies, and are less dependent on public aid and less vulnerable to economic downturns. Societies with skilled individuals are best prepared to respond to the current and future potential crises. Therefore, investing in early, primary and secondary education for all, and in particular for children from disadvantaged backgrounds, is both fair and economically efficient.

Excerpted from (OECD, 2012) Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools, SPOTLIGHT REPORT: IRELAND, p. 2.

When applied to the field of education, the concept of "equity" means that

- a) the majority of students should be entitled to follow suitable pathways to acquire high level vocational and training competences
- b) all individuals should have the same learning opportunities regardless of personal and social factors and achieve at least basic skills
- c) all individuals should have learning opportunities tailored according to gender, ethnic origin or family background and achieve professional skills
- d) a tiny majority of students have the opportunity to attain high level skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Improving equity in education and reducing school failure pays off

Reducing school failure pays off for both society and individuals. It can also contribute to economic growth and social development. Indeed the highest performing education systems across OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) countries are those that combine quality with equity. Equity in education means that personal or social circumstances such as gender, ethnic origin or family background, are not obstacles to achieving educational potential (fairness) and that all individuals reach at least a basic minimum level of skills (inclusion). In these education systems, the vast majority of students have the opportunity to attain high level skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances.

Across OECD countries, almost one of every five students does not reach a basic minimum level of skills to function in today's societies (indicating lack of inclusion). Students from low socioeconomic background are twice as likely to be low performers, implying that personal or social circumstances are obstacles to achieving their educational potential (indicating lack of fairness). Lack of inclusion and fairness fuels school failure, of which dropout is the most visible manifestation – with 20% of young adults on average dropping out before finalising upper secondary education.

The economic and social costs of school failure and dropout are high, whereas successful secondary education completion gives individuals better employment and healthier lifestyle prospects resulting in greater contributions to public budgets and investment. More educated people contribute to more democratic societies and sustainable economies, and are less dependent on public aid and less vulnerable to economic downturns. Societies with skilled individuals are best prepared to respond to the current and future potential crises. Therefore, investing in early, primary and secondary education for all, and in particular for children from disadvantaged backgrounds, is both fair and economically efficient.

Excerpted from (OECD, 2012) Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools, SPOTLIGHT REPORT: IRELAND, p. 2.

In the most efficient education systems across OECD countries,

- a) personal and socio-economic circumstances affect the students' opportunity to acquire high competences

- b) the chance for students to attain high level skills depends on personal and socio-economic circumstances
- c) the students' opportunity to acquire high competences is not affected by personal and socio-economic factors
- d) personal and socio-economic circumstances ought to affect the students' opportunity to acquire high level skills

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Improving equity in education and reducing school failure pays off

Reducing school failure pays off for both society and individuals. It can also contribute to economic growth and social development. Indeed the highest performing education systems across OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) countries are those that combine quality with equity. Equity in education means that personal or social circumstances such as gender, ethnic origin or family background, are not obstacles to achieving educational potential (fairness) and that all individuals reach at least a basic minimum level of skills (inclusion). In these education systems, the vast majority of students have the opportunity to attain high level skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances.

Across OECD countries, almost one of every five students does not reach a basic minimum level of skills to function in today's societies (indicating lack of inclusion). Students from low socioeconomic background are twice as likely to be low performers, implying that personal or social circumstances are obstacles to achieving their educational potential (indicating lack of fairness). Lack of inclusion and fairness fuels school failure, of which dropout is the most visible manifestation – with 20% of young adults on average dropping out before finalising upper secondary education.

The economic and social costs of school failure and dropout are high, whereas successful secondary education completion gives individuals better employment and healthier lifestyle prospects resulting in greater contributions to public budgets and investment. More educated people contribute to more democratic societies and sustainable economies, and are less dependent on public aid and less vulnerable to economic downturns. Societies with skilled individuals are best prepared to respond to the current and future potential crises. Therefore, investing in early, primary and secondary education for all, and in particular for children from disadvantaged backgrounds, is both fair and economically efficient.

Excerpted from (OECD, 2012) Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools, SPOTLIGHT REPORT: IRELAND, p. 2.

The writer suggests that

- a) students coming from disadvantaged families will probably get increasingly high grades
- b) it is more improbable for students coming from disadvantaged families to get high grades
- c) students from low socioeconomic background are more unlikely to be low performers
- d) students from low socioeconomic background are not very likely to get low grades

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Improving equity in education and reducing school failure pays off

Reducing school failure pays off for both society and individuals. It can also contribute to economic growth and social development. Indeed the highest performing education systems across OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) countries are those that combine quality with equity. Equity in education means that personal or social circumstances such as gender, ethnic origin or family background, are not obstacles to achieving educational potential (fairness) and that all individuals reach at least a basic minimum level of skills (inclusion). In these education systems, the vast majority of students have the opportunity to attain high level

skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances.

Across OECD countries, almost one of every five students does not reach a basic minimum level of skills to function in today's societies (indicating lack of inclusion). Students from low socioeconomic background are twice as likely to be low performers, implying that personal or social circumstances are obstacles to achieving their educational potential (indicating lack of fairness). Lack of inclusion and fairness fuels school failure, of which dropout is the most visible manifestation – with 20% of young adults on average dropping out before finalising upper secondary education.

The economic and social costs of school failure and dropout are high, whereas successful secondary education completion gives individuals better employment and healthier lifestyle prospects resulting in greater contributions to public budgets and investment. More educated people contribute to more democratic societies and sustainable economies, and are less dependent on public aid and less vulnerable to economic downturns. Societies with skilled individuals are best prepared to respond to the current and future potential crises. Therefore, investing in early, primary and secondary education for all, and in particular for children from disadvantaged backgrounds, is both fair and economically efficient.

Excerpted from (OECD, 2012) Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools, SPOTLIGHT REPORT: IRELAND, p. 2.

Students completing upper secondary education

- a) are expected to find better jobs and lead healthy lives
- b) are always given dull jobs despite leading healthy lives
- c) will surely have a well-paid and highly rewarding occupation
- d) will find a job very quickly or have healthier lifestyle prospects

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Improving equity in education and reducing school failure pays off

Reducing school failure pays off for both society and individuals. It can also contribute to economic growth and social development. Indeed the highest performing education systems across OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) countries are those that combine quality with equity. Equity in education means that personal or social circumstances such as gender, ethnic origin or family background, are not obstacles to achieving educational potential (fairness) and that all individuals reach at least a basic minimum level of skills (inclusion). In these education systems, the vast majority of students have the opportunity to attain high level skills, regardless of their own personal and socio-economic circumstances.

Across OECD countries, almost one of every five students does not reach a basic minimum level of skills to function in today's societies (indicating lack of inclusion). Students from low socioeconomic background are twice as likely to be low performers, implying that personal or social circumstances are obstacles to achieving their educational potential (indicating lack of fairness). Lack of inclusion and fairness fuels school failure, of which dropout is the most visible manifestation – with 20% of young adults on average dropping out before finalising upper secondary education.

The economic and social costs of school failure and dropout are high, whereas successful secondary education completion gives individuals better employment and healthier lifestyle prospects resulting in greater contributions to public budgets and investment. More educated people contribute to more democratic societies and sustainable economies, and are less dependent on public aid and less vulnerable to economic downturns. Societies with skilled individuals are best prepared to respond to the current and future potential crises. Therefore, investing in early, primary and secondary education for all, and in particular for children from disadvantaged backgrounds, is both fair and economically efficient.

Excerpted from (OECD, 2012) Equity and Quality in Education: Supporting Disadvantaged Students and Schools,

The writer concludes that

- a) democracy is negatively affected by high education levels
- b) school success contributes to the economic prosperity of a country
- c) school failure make countries less vulnerable to economic downturns
- d) successful students are more likely to rely on public assistance

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Los programas de intervención socioeducativa

Los programas de intervención socioeducativa de escolarización compartida PISE y ALTER están destinados a alumnado matriculado en ESO de 14 a 16 años (en algunas excepciones hasta los 18), con dificultades graves de adaptación escolar y en situación de riesgo de exclusión escolar y/o social, por lo cual se recomienda la realización de una parte del horario lectivo en entornos laborales, donde llevan a cabo un programa socio-formativo.

Los programas PISE suponen una medida preventiva de situaciones de riesgo de exclusión escolar y/o social dirigida al alumnado que, aun asistiendo a clase de manera más o menos regular, se encuentra en peligro de abandono debido a diferentes motivos, habitualmente interrelacionados, como situaciones de rechazo hacia la institución escolar, fuerte desmotivación, fracaso generalizado en los estudios, o cualquier otra circunstancia que afecte de manera importante el comportamiento y rendimiento de los alumnos.

Los programas ALTER⁵ se dirigen a alumnado absentista, desescolarizado o no, que tenga expediente abierto en los servicios sociales de atención primaria correspondientes u otros servicios de atención al menor (protección, medidas judiciales...) en situación de riesgo escolar y/o social; alumnado desescolarizado y que sea propuesto para entrar en la modalidad ALTER una vez escolarizado; alumnado con desajustes de conducta graves de manera reiterada y continua que ponga en peligro la convivencia en el centro; alumnado con rechazo al centro educativo pero que manifieste algún interés por la formación más práctica y funcional vinculada con el mundo profesional y laboral.

En el curso 2012-13 han participado 30 alumnos en el programa PISE y 252 en el programa ALTER. En este último, un 45,71 % opta para seguir la formación en un curso de PQPI (programas de calificación profesional inicial); un 35,2 % continúa un curso más su formación en ALTER. El resto, retoman los estudios de ESO o inician un proceso de inserción laboral.

(ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

De acuerdo con el texto,

- a) se sugiere que en los programas PISE y ALTER algunas horas lectivas se realicen en el ámbito laboral
- b) los programas PISE y ALTER deben realizarse totalmente en un entorno laboral
- c) en los programas PISE y ALTER solo los alumnos sin riesgo de exclusión escolar y/o social realizarán parte de las horas en el entorno laboral
- d) el alumnado de PISE y ALTER realizan el programa socio-formativo en horario extraescolar

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Los programas de intervención socioeducativa

Los programas de intervención socioeducativa de escolarización compartida PISE y ALTER están destinados a alumnado matriculado en ESO de 14 a 16 años (en algunas excepciones hasta los 18), con dificultades graves de adaptación escolar y en situación de riesgo de exclusión escolar y/o social, por lo cual se recomienda la realización de una parte del horario lectivo en entornos laborales, donde llevan a cabo un programa socio-formativo.

Los programas PISE suponen una medida preventiva de situaciones de riesgo de exclusión escolar y/o social dirigida al alumnado que, aun asistiendo a clase de manera más o menos regular, se encuentra en peligro de abandono debido a diferentes motivos, habitualmente interrelacionados, como situaciones de rechazo hacia la institución escolar, fuerte desmotivación, fracaso generalizado en los estudios, o cualquier otra circunstancia que afecte de manera importante el comportamiento y rendimiento de los alumnos.

Los programas ALTER5 se dirigen a alumnado absentista, desescolarizado o no, que tenga expediente abierto en los servicios sociales de atención primaria correspondientes u otros servicios de atención al menor (protección, medidas judiciales...) en situación de riesgo escolar y/o social; alumnado desescolarizado y que sea propuesto para entrar en la modalidad ALTER una vez escolarizado; alumnado con desajustes de conducta graves de manera reiterada y continua que ponga en peligro la convivencia en el centro; alumnado con rechazo al centro educativo pero que manifieste algún interés por la formación más práctica y funcional vinculada con el mundo profesional y laboral.

En el curso 2012-13 han participado 30 alumnos en el programa PISE y 252 en el programa ALTER. En este último, un 45,71 % opta para seguir la formación en un curso de PQPI (programas de calificación profesional inicial); un 35,2 % continúa un curso más su formación en ALTER. El resto, retoman los estudios de ESO o inician un proceso de inserción laboral.

(ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Los programas PISE

- a) se aplican para incentivar los problemas de los alumnos en riesgo de exclusión escolar y/o social
- b) se aplican como medida para controlar o registrar los casos de abandono escolar
- c) se aplican como prevención a los alumnos que corren el riesgo de abandono escolar
- d) se aplican como medida de choque a los alumnos que se caracterizan por el absentismo escolar

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Los programas de intervención socioeducativa

Los programas de intervención socioeducativa de escolarización compartida PISE y ALTER están destinados a alumnado matriculado en ESO de 14 a 16 años (en algunas excepciones hasta los 18), con dificultades graves de adaptación escolar y en situación de riesgo de exclusión escolar y/o social, por lo cual se recomienda la realización de una parte del horario lectivo en entornos laborales, donde llevan a cabo un programa socio-formativo.

Los programas PISE suponen una medida preventiva de situaciones de riesgo de exclusión escolar y/o social dirigida al alumnado que, aun asistiendo a clase de manera más o menos regular, se encuentra en peligro de abandono debido a diferentes motivos, habitualmente interrelacionados, como situaciones de rechazo hacia la

institución escolar, fuerte desmotivación, fracaso generalizado en los estudios, o cualquier otra circunstancia que afecte de manera importante el comportamiento y rendimiento de los alumnos.

Los programas ALTER5 se dirigen a alumnado absentista, desescolarizado o no, que tenga expediente abierto en los servicios sociales de atención primaria correspondientes u otros servicios de atención al menor (protección, medidas judiciales...) en situación de riesgo escolar y/o social; alumnado desescolarizado y que sea propuesto para entrar en la modalidad ALTER una vez escolarizado; alumnado con desajustes de conducta graves de manera reiterada y continua que ponga en peligro la convivencia en el centro; alumnado con rechazo al centro educativo pero que manifieste algún interés por la formación más práctica y funcional vinculada con el mundo profesional y laboral.

En el curso 2012-13 han participado 30 alumnos en el programa PISE y 252 en el programa ALTER. En este último, un 45,71 % opta para seguir la formación en un curso de PQPI (programas de calificación profesional inicial); un 35,2 % continúa un curso más su formación en ALTER. El resto, retoman los estudios de ESO o inician un proceso de inserción laboral.

(ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Los programas ALTER5

- a) están indicados como medida de protección al menor con riesgo de exclusión social
- b) están indicados exclusivamente para alumnos que no acuden a clase pero están escolarizados
- c) están indicados para alumnos con problemas graves de comportamiento en los centros, entre otros
- d) están indicados para alumnos que no están motivados para ir a la escuela ni para realizar ningún trabajo y oficio

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Los programas de intervención socioeducativa

Los programas de intervención socioeducativa de escolarización compartida PISE y ALTER están destinados a alumnado matriculado en ESO de 14 a 16 años (en algunas excepciones hasta los 18), con dificultades graves de adaptación escolar y en situación de riesgo de exclusión escolar y/o social, por lo cual se recomienda la realización de una parte del horario lectivo en entornos laborales, donde llevan a cabo un programa socio-formativo.

Los programas PISE suponen una medida preventiva de situaciones de riesgo de exclusión escolar y/o social dirigida al alumnado que, aun asistiendo a clase de manera más o menos regular, se encuentra en peligro de abandono debido a diferentes motivos, habitualmente interrelacionados, como situaciones de rechazo hacia la institución escolar, fuerte desmotivación, fracaso generalizado en los estudios, o cualquier otra circunstancia que afecte de manera importante el comportamiento y rendimiento de los alumnos.

Los programas ALTER5 se dirigen a alumnado absentista, desescolarizado o no, que tenga expediente abierto en los servicios sociales de atención primaria correspondientes u otros servicios de atención al menor (protección, medidas judiciales...) en situación de riesgo escolar y/o social; alumnado desescolarizado y que sea propuesto para entrar en la modalidad ALTER una vez escolarizado; alumnado con desajustes de conducta graves de manera reiterada y continua que ponga en peligro la convivencia en el centro; alumnado con rechazo al centro educativo pero que manifieste algún interés por la formación más práctica y funcional vinculada con el mundo profesional y laboral.

En el curso 2012-13 han participado 30 alumnos en el programa PISE y 252 en el programa ALTER. En este último, un 45,71 % opta para seguir la formación en un curso de PQPI (programas de calificación profesional inicial); un 35,2 % continúa un curso más su formación en ALTER. El resto, retoman los estudios de ESO o inician un proceso de inserción laboral.

(ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

También se pueden acoger a los programas ALTER

- a) alumnos sin problemas de conducta pero que por motivos económicos o laborales no pueden asistir a clase
- b) alumnos que se nieguen a ir a la escuela pero estén interesados en alguna actividad laboral más funcional
- c) alumnos con problemas de conducta graves si estos problemas no suponen ningún peligro para la convivencia en el centro
- d) alumnos con problemas de conducta, con la condición de que no tengan ningún expediente abierto en los servicios sociales

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Los programas de intervención socioeducativa

Los programas de intervención socioeducativa de escolarización compartida PISE y ALTER están destinados a alumnado matriculado en ESO de 14 a 16 años (en algunas excepciones hasta los 18), con dificultades graves de adaptación escolar y en situación de riesgo de exclusión escolar y/o social, por lo cual se recomienda la realización de una parte del horario lectivo en entornos laborales, donde llevan a cabo un programa socio-formativo.

Los programas PISE suponen una medida preventiva de situaciones de riesgo de exclusión escolar y/o social dirigida al alumnado que, aun asistiendo a clase de manera más o menos regular, se encuentra en peligro de abandono debido a diferentes motivos, habitualmente interrelacionados, como situaciones de rechazo hacia la institución escolar, fuerte desmotivación, fracaso generalizado en los estudios, o cualquier otra circunstancia que afecte de manera importante el comportamiento y rendimiento de los alumnos.

Los programas ALTER⁵ se dirigen a alumnado absentista, desescolarizado o no, que tenga expediente abierto en los servicios sociales de atención primaria correspondientes u otros servicios de atención al menor (protección, medidas judiciales...) en situación de riesgo escolar y/o social; alumnado desescolarizado y que sea propuesto para entrar en la modalidad ALTER una vez escolarizado; alumnado con desajustes de conducta graves de manera reiterada y continua que ponga en peligro la convivencia en el centro; alumnado con rechazo al centro educativo pero que manifieste algún interés por la formación más práctica y funcional vinculada con el mundo profesional y laboral.

En el curso 2012-13 han participado 30 alumnos en el programa PISE y 252 en el programa ALTER. En este último, un 45,71 % opta para seguir la formación en un curso de PQPI (programas de calificación profesional inicial); un 35,2 % continúa un curso más su formación en ALTER. El resto, retoman los estudios de ESO o inician un proceso de inserción laboral.

(ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Entre los alumnos que han seguido el programa ALTER en el curso 2012-2013

- a) más de la mitad continúa con otro curso ALTER
- b) un elevado porcentaje retoma sus estudios en la ESO o se insertan en el mundo laboral

- c) un 45% pasa de un programa ALTER a un programa PISE
- d) un poco menos de la mitad continúa su formación en un Programa de Calificación Profesional Inicial

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Panorámica del debate sobre abandono escolar a escala Europea, Española y de Baleares

Las propuestas de la UE en relación al abandono escolar prematuro subrayan la importancia de comprender este fenómeno como un proceso y no como un hecho puntual. Esta visión evita un análisis reduccionista del abandono en términos de vulnerabilidad individual y permite adoptar políticas públicas ajustadas a una realidad también estructural. El marco sobre el que el Consejo de la Unión Europea define las políticas para reducir el abandono escolar temprano, determina como causas principales el origen familiar, las condiciones socioeconómicas y la atracción del mercado laboral. Asimismo, apuntan que su impacto está condicionado por la estructura del sistema de educación y formación, por las oportunidades de aprendizaje disponibles y por el entorno de aprendizaje, por la coordinación de las políticas sobre el bienestar de los menores, la seguridad social, el empleo juvenil y las perspectivas futuras de carrera profesional. El Marco Estratégico para la cooperación europea en educación y formación (ET2020) adoptado por el Consejo de Europa en 2009 fija cuatro objetivos en la cooperación en educación y formación entre los países miembros:

Hacer realidad el aprendizaje permanente y la movilidad del alumnado. Mejorar la calidad y la eficacia de la educación y la formación. Promover la equidad, la cohesión social y la ciudadanía activa. Incrementar la creatividad y la innovación, incluido el espíritu empresarial, en todos los niveles de la educación y la formación. Al haberse sumado a estos objetivos, en España las propuestas en los últimos años se han orientado a combatir el abandono partiendo de dos propósitos: mejorar el rendimiento y el éxito del alumnado en la ESO y facilitar el acceso de todos los alumnos que finalizan con dificultad la ESO a los programas de cualificación profesional inicial y, una vez finalizados, a los ciclos formativos de grado medio y bachillerato.

ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Según el texto,

- a) la UE está en contra de una visión del abandono escolar como hecho que depende de lo débil que sea una persona y aplica políticas adaptadas a los individuos
- b) la UE cree que el abandono escolar se debe tanto a la vulnerabilidad del alumno como a factores estructurales, y así lo refleja en sus medidas políticas.
- c) la UE considera el abandono escolar como un proceso, no como un hecho aislado. Esta visión del problema permite llevar a cabo políticas que respondan a una realidad estructural
- d) la UE tiene una visión reduccionista del abandono escolar, puesto que lo analiza como una cuestión que afecta solo a individuos vulnerables

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Panorámica del debate sobre abandono escolar a escala Europea, Española y de Baleares

Las propuestas de la UE en relación al abandono escolar prematuro subrayan la importancia de comprender este fenómeno como un proceso y no como un hecho puntual. Esta visión evita un análisis reduccionista del abandono en términos de vulnerabilidad individual y permite adoptar políticas públicas ajustadas a una realidad también estructural. El marco sobre el que el Consejo de la Unión Europea define las políticas para reducir el

abandono escolar temprano, determina como causas principales el origen familiar, las condiciones socioeconómicas y la atracción del mercado laboral. Asimismo, apuntan que su impacto está condicionado por la estructura del sistema de educación y formación, por las oportunidades de aprendizaje disponibles y por el entorno de aprendizaje, por la coordinación de las políticas sobre el bienestar de los menores, la seguridad social, el empleo juvenil y las perspectivas futuras de carrera profesional. El Marco Estratégico para la cooperación europea en educación y formación (ET2020) adoptado por el Consejo de Europa en 2009 fija cuatro objetivos en la cooperación en educación y formación entre los países miembros:

Hacer realidad el aprendizaje permanente y la movilidad del alumnado. Mejorar la calidad y la eficacia de la educación y la formación. Promover la equidad, la cohesión social y la ciudadanía activa. Incrementar la creatividad y la innovación, incluido el espíritu empresarial, en todos los niveles de la educación y la formación. Al haberse sumado a estos objetivos, en España las propuestas en los últimos años se han orientado a combatir el abandono partiendo de dos propósitos: mejorar el rendimiento y el éxito del alumnado en la ESO y facilitar el acceso de todos los alumnos que finalizan con dificultad la ESO a los programas de cualificación profesional inicial y, una vez finalizados, a los ciclos formativos de grado medio y bachillerato.

ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Las causas fundamentales del abandono escolar temprano son

- a) los orígenes familiares, la situación económica y social en la que se encuentre el alumno y el hecho de que entrar en el mundo del trabajo resulta muy atractivo
- b) el entorno que supone la familia, la situación económica y social de dicha familia y que esta haga entrar en el mercado laboral al hijo
- c) la procedencia, las limitaciones económicas y sociales y si el individuo es atractivo para el mercado laboral
- d) de dónde se proceda, qué posibilidades económicas y sociales se tengan y si te gusta o no entrar enseguida en el mercado laboral

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Panorámica del debate sobre abandono escolar a escala Europea, Española y de Baleares

Las propuestas de la UE en relación al abandono escolar prematuro subrayan la importancia de comprender este fenómeno como un proceso y no como un hecho puntual. Esta visión evita un análisis reduccionista del abandono en términos de vulnerabilidad individual y permite adoptar políticas públicas ajustadas a una realidad también estructural. El marco sobre el que el Consejo de la Unión Europea define las políticas para reducir el abandono escolar temprano, determina como causas principales el origen familiar, las condiciones socioeconómicas y la atracción del mercado laboral. Asimismo, apuntan que su impacto está condicionado por la estructura del sistema de educación y formación, por las oportunidades de aprendizaje disponibles y por el entorno de aprendizaje, por la coordinación de las políticas sobre el bienestar de los menores, la seguridad social, el empleo juvenil y las perspectivas futuras de carrera profesional. El Marco Estratégico para la cooperación europea en educación y formación (ET2020) adoptado por el Consejo de Europa en 2009 fija cuatro objetivos en la cooperación en educación y formación entre los países miembros:

Hacer realidad el aprendizaje permanente y la movilidad del alumnado. Mejorar la calidad y la eficacia de la educación y la formación. Promover la equidad, la cohesión social y la ciudadanía activa. Incrementar la creatividad y la innovación, incluido el espíritu empresarial, en todos los niveles de la educación y la formación. Al haberse sumado a estos objetivos, en España las propuestas en los últimos años se han orientado a combatir el abandono partiendo de dos propósitos: mejorar el rendimiento y el éxito del alumnado en la ESO y facilitar el acceso de todos los alumnos que finalizan con dificultad la ESO a los programas de cualificación profesional inicial y, una vez finalizados, a los ciclos formativos de grado medio y bachillerato.

ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

También está condicionado, entre otros factores, por

- a) las políticas de bienestar del menor y por la situación social en que se encuentre este
- b) cómo está estructurado el sistema educativo y las políticas que protegen los intereses de los menores
- c) cómo sea la seguridad social y el empleo entre los jóvenes y cuáles son sus expectativas para su futuro
- d) las carencias en el sistema educativo y las salidas profesionales de las carreras

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Panorámica del debate sobre abandono escolar a escala Europea, Española y de Baleares

Las propuestas de la UE en relación al abandono escolar prematuro subrayan la importancia de comprender este fenómeno como un proceso y no como un hecho puntual. Esta visión evita un análisis reduccionista del abandono en términos de vulnerabilidad individual y permite adoptar políticas públicas ajustadas a una realidad también estructural. El marco sobre el que el Consejo de la Unión Europea define las políticas para reducir el abandono escolar temprano, determina como causas principales el origen familiar, las condiciones socioeconómicas y la atracción del mercado laboral. Asimismo, apuntan que su impacto está condicionado por la estructura del sistema de educación y formación, por las oportunidades de aprendizaje disponibles y por el entorno de aprendizaje, por la coordinación de las políticas sobre el bienestar de los menores, la seguridad social, el empleo juvenil y las perspectivas futuras de carrera profesional. El Marco Estratégico para la cooperación europea en educación y formación (ET2020) adoptado por el Consejo de Europa en 2009 fija cuatro objetivos en la cooperación en educación y formación entre los países miembros:

Hacer realidad el aprendizaje permanente y la movilidad del alumnado. Mejorar la calidad y la eficacia de la educación y la formación. Promover la equidad, la cohesión social y la ciudadanía activa. Incrementar la creatividad y la innovación, incluido el espíritu empresarial, en todos los niveles de la educación y la formación. Al haberse sumado a estos objetivos, en España las propuestas en los últimos años se han orientado a combatir el abandono partiendo de dos propósitos: mejorar el rendimiento y el éxito del alumnado en la ESO y facilitar el acceso de todos los alumnos que finalizan con dificultad la ESO a los programas de cualificación profesional inicial y, una vez finalizados, a los ciclos formativos de grado medio y bachillerato.

ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Algunos de los objetivos del Consejo de la UE son

- a) mejorar la calidad en la formación, fomentar la cohesión social, crear empresarios innovadores y hacer que los ciudadanos se movilicen
- b) fomentar la igualdad, aumentar la innovación y creatividad sea cual sea el nivel educativo o formativo y posibilitar la movilidad de los alumnos
- c) hacer que el aprendizaje sea permanente, fomentar una participación ciudadana en materia de educación, potenciar la creatividad a todos los niveles
- d) favorecer a los sectores de la sociedad o de la ciudadanía que sean activos, fomentar el espíritu

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Panorámica del debate sobre abandono escolar a escala Europea, Española y de Baleares

Las propuestas de la UE en relación al abandono escolar prematuro subrayan la importancia de comprender este fenómeno como un proceso y no como un hecho puntual. Esta visión evita un análisis reduccionista del abandono en términos de vulnerabilidad individual y permite adoptar políticas públicas ajustadas a una realidad también estructural. El marco sobre el que el Consejo de la Unión Europea define las políticas para reducir el abandono escolar temprano, determina como causas principales el origen familiar, las condiciones socioeconómicas y la atracción del mercado laboral. Asimismo, apuntan que su impacto está condicionado por la estructura del sistema de educación y formación, por las oportunidades de aprendizaje disponibles y por el entorno de aprendizaje, por la coordinación de las políticas sobre el bienestar de los menores, la seguridad social, el empleo juvenil y las perspectivas futuras de carrera profesional. El Marco Estratégico para la cooperación europea en educación y formación (ET2020) adoptado por el Consejo de Europa en 2009 fija cuatro objetivos en la cooperación en educación y formación entre los países miembros:

Hacer realidad el aprendizaje permanente y la movilidad del alumnado. Mejorar la calidad y la eficacia de la educación y la formación. Promover la equidad, la cohesión social y la ciudadanía activa. Incrementar la creatividad y la innovación, incluido el espíritu empresarial, en todos los niveles de la educación y la formación. Al haberse sumado a estos objetivos, en España las propuestas en los últimos años se han orientado a combatir el abandono partiendo de dos propósitos: mejorar el rendimiento y el éxito del alumnado en la ESO y facilitar el acceso de todos los alumnos que finalizan con dificultad la ESO a los programas de cualificación profesional inicial y, una vez finalizados, a los ciclos formativos de grado medio y bachillerato.

ADAPTADO DE ANÁLISIS DE DOS PROGRAMAS CONTRA EL FRACASO Y EL ABANDONO ESCOLAR EN BALEARES, Pascual, Belén; Amer, Joan; March, Martí X.; in Crisis social y el Estado del Bienestar: las respuestas de la Pedagogía Social, Dialnet)

Según el texto, España

- a) puesto que sigue los objetivos propuestos por el Consejo de Europa, pretende que el rendimiento de los alumnos de la ESO sea mejor y ayudar a los alumnos que terminan con dificultad a acceder a programas de cualificación profesional inicial
- b) se ha sumado a los objetivos del Consejo de Europa el facilitar el acceso de alumnos con dificultades a la ESO o a programas de cualificación profesional inicial
- c) puesto que es miembro del Consejo de Europa, tiene que seguir los objetivos fijados para mejorar la calidad educativa y formativa y ayudar a los alumnos que no hayan tenido éxito en la ESO a encontrar otras salidas de carácter profesional.
- d) está obligada por el Consejo de Europa a mejorar el éxito de los alumnos de la ESO y facilitarles el acceso a programas de cualificación profesional

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

L'éducation nationale se mobilise pour la scolarisation des jeunes migrants

Dans des locaux du rectorat de Paris, à deux pas de la porte des Lilas (Paris), une quarantaine d'adolescents se succèdent chaque matin, depuis la rentrée. Des jeunes que l'éducation nationale qualifie, dans sa novlangue, d'«

élèves allophones nouvellement arrivés » – autrement dit, des élèves parlant une autre langue que le français. Ils ont entre 10 et 18 ans et viennent y chercher leur sésame : soit une place dans une classe « ordinaire », soit un accueil dans une « unité pédagogique pour élève allophone arrivant » (UPE2A), sorte de « sas » temporaire en collège-lycée où l'accent sera mis, entre autres, sur l'apprentissage du français, avant l'intégration espérée dans le cursus classique. Tout dépendra de leur niveau, évalué au cas par cas. « C'est peu dire qu'il est divers, témoigne Arthur Derviso, l'un des huit enseignants qui fait passer des tests en français, en maths et d'expression orale. Certains jeunes peuvent avoir un très bon niveau scolaire mais ne pas du tout parler le français ; d'autres n'ont jamais mis les pieds à l'école, même dans leur pays d'origine. Quelques-uns viennent de milieux aisés, beaucoup connaissent la précarité. Tous attendent énormément de l'école... Cela fait la richesse de nos classes », souligne-t-il, lui qui enseigne, le reste du temps, dans une UPE2A d'un lycée du 13^e arrondissement. Quelque 50 écoles primaires de Paris en sont actuellement dotées, comme 75 collèges et lycées. Et plus, si besoin, dans les semaines qui viennent, assure-t-on tant du côté de la Ville de Paris que du rectorat. A l'échelle nationale aussi, l'éducation nationale a sonné la mobilisation générale. Selon les estimations ministérielles, entre 8 000 et 10 000 enfants et adolescents pourraient être accueillis en deux ans. « 4 500 en moyenne chaque année, rapportés aux 45 000 élèves allophones que nous scolarisons déjà, ça représente une hausse annuelle de 10 % (...) », souligne-t-on dans l'entourage de la ministre de l'éducation.

Adapté de lemonde.fr 14.09.2015

Le sujet de l'article concerne :

- a) la scolarisation des enfants étrangers.
- b) la réforme de l'école.
- c) les UPE2A.
- d) l'attitude de la ministre de l'éducation.

Quesito 7 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

L'éducation nationale se mobilise pour la scolarisation des jeunes migrants

Dans des locaux du rectorat de Paris, à deux pas de la porte des Lilas (Paris), une quarantaine d'adolescents se succèdent chaque matin, depuis la rentrée. Des jeunes que l'éducation nationale qualifie, dans sa novlangue, d'« élèves allophones nouvellement arrivés » – autrement dit, des élèves parlant une autre langue que le français. Ils ont entre 10 et 18 ans et viennent y chercher leur sésame : soit une place dans une classe « ordinaire », soit un accueil dans une « unité pédagogique pour élève allophone arrivant » (UPE2A), sorte de « sas » temporaire en collège-lycée où l'accent sera mis, entre autres, sur l'apprentissage du français, avant l'intégration espérée dans le cursus classique. Tout dépendra de leur niveau, évalué au cas par cas. « C'est peu dire qu'il est divers, témoigne Arthur Derviso, l'un des huit enseignants qui fait passer des tests en français, en maths et d'expression orale. Certains jeunes peuvent avoir un très bon niveau scolaire mais ne pas du tout parler le français ; d'autres n'ont jamais mis les pieds à l'école, même dans leur pays d'origine. Quelques-uns viennent de milieux aisés, beaucoup connaissent la précarité. Tous attendent énormément de l'école... Cela fait la richesse de nos classes », souligne-t-il, lui qui enseigne, le reste du temps, dans une UPE2A d'un lycée du 13^e arrondissement. Quelque 50 écoles primaires de Paris en sont actuellement dotées, comme 75 collèges et lycées. Et plus, si besoin, dans les semaines qui viennent, assure-t-on tant du côté de la Ville de Paris que du rectorat. A l'échelle nationale aussi, l'éducation nationale a sonné la mobilisation générale. Selon les estimations ministérielles, entre 8 000 et 10 000 enfants et adolescents pourraient être accueillis en deux ans. « 4 500 en moyenne chaque année, rapportés aux 45 000 élèves allophones que nous scolarisons déjà, ça représente une hausse annuelle de 10 % (...) », souligne-t-on dans l'entourage de la ministre de l'éducation.

Adapté de lemonde.fr 14.09.2015

Qu'est-ce qu'un élève allophone nouvellement arrivé ?

- a) un élève dont la langue maternelle n'est pas le français.
- b) un enfant qui n'a jamais fréquenté l'école.

- c) un élève qui a un défaut d'élocution.
- d) un élève qui parle plusieurs langues.

Quesito 7 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

L'éducation nationale se mobilise pour la scolarisation des jeunes migrants

Dans des locaux du rectorat de Paris, à deux pas de la porte des Lilas (Paris), une quarantaine d'adolescents se succèdent chaque matin, depuis la rentrée. Des jeunes que l'éducation nationale qualifie, dans sa novlangue, d'« élèves allophones nouvellement arrivés » – autrement dit, des élèves parlant une autre langue que le français. Ils ont entre 10 et 18 ans et viennent y chercher leur sésame : soit une place dans une classe « ordinaire », soit un accueil dans une « unité pédagogique pour élève allophone arrivant » (UPE2A), sorte de « sas » temporaire en collège-lycée où l'accent sera mis, entre autres, sur l'apprentissage du français, avant l'intégration espérée dans le cursus classique. Tout dépendra de leur niveau, évalué au cas par cas. « C'est peu dire qu'il est divers, témoigne Arthur Derviso, l'un des huit enseignants qui fait passer des tests en français, en maths et d'expression orale. Certains jeunes peuvent avoir un très bon niveau scolaire mais ne pas du tout parler le français ; d'autres n'ont jamais mis les pieds à l'école, même dans leur pays d'origine. Quelques-uns viennent de milieux aisés, beaucoup connaissent la précarité. Tous attendent énormément de l'école... Cela fait la richesse de nos classes », souligne-t-il, lui qui enseigne, le reste du temps, dans une UPE2A d'un lycée du 13^e arrondissement. Quelque 50 écoles primaires de Paris en sont actuellement dotées, comme 75 collèges et lycées. Et plus, si besoin, dans les semaines qui viennent, assure-t-on tant du côté de la Ville de Paris que du rectorat. A l'échelle nationale aussi, l'éducation nationale a sonné la mobilisation générale. Selon les estimations ministérielles, entre 8 000 et 10 000 enfants et adolescents pourraient être accueillis en deux ans. « 4 500 en moyenne chaque année, rapportés aux 45 000 élèves allophones que nous scolarisons déjà, ça représente une hausse annuelle de 10 % (...) », souligne-t-on dans l'entourage de la ministre de l'éducation.

Adapté de lemonde.fr 14.09.2015

Dans l'UPE2A, les élèves étrangers pourront :

- a) s'initier aux langues vivantes.
- b) apprendre le français avant de rejoindre une classe régulière.
- c) apprendre une profession.
- d) perfectionner leur langue maternelle.

Quesito 7 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

L'éducation nationale se mobilise pour la scolarisation des jeunes migrants

Dans des locaux du rectorat de Paris, à deux pas de la porte des Lilas (Paris), une quarantaine d'adolescents se succèdent chaque matin, depuis la rentrée. Des jeunes que l'éducation nationale qualifie, dans sa novlangue, d'« élèves allophones nouvellement arrivés » – autrement dit, des élèves parlant une autre langue que le français. Ils ont entre 10 et 18 ans et viennent y chercher leur sésame : soit une place dans une classe « ordinaire », soit un accueil dans une « unité pédagogique pour élève allophone arrivant » (UPE2A), sorte de « sas » temporaire en collège-lycée où l'accent sera mis, entre autres, sur l'apprentissage du français, avant l'intégration espérée dans le cursus classique. Tout dépendra de leur niveau, évalué au cas par cas. « C'est peu dire qu'il est divers, témoigne Arthur Derviso, l'un des huit enseignants qui fait passer des tests en français, en maths et d'expression orale. Certains jeunes peuvent avoir un très bon niveau scolaire mais ne pas du tout parler le français ; d'autres n'ont jamais mis les pieds à l'école, même dans leur pays d'origine. Quelques-uns viennent de milieux aisés, beaucoup connaissent la précarité. Tous attendent énormément de l'école... Cela fait la richesse de nos classes », souligne-t-il, lui qui enseigne, le reste du temps, dans une UPE2A d'un lycée du 13^e arrondissement. Quelque 50 écoles primaires de Paris en sont actuellement dotées, comme 75 collèges et lycées. Et plus, si besoin, dans les semaines qui viennent, assure-t-on tant du côté de la Ville de Paris que du rectorat. A l'échelle nationale aussi, l'éducation nationale a sonné la mobilisation générale. Selon les estimations ministérielles, entre 8 000 et 10 000 enfants et adolescents pourraient être accueillis en deux ans. « 4 500 en moyenne chaque

année, rapportés aux 45 000 élèves allophones que nous scolarisons déjà, ça représente une hausse annuelle de 10 % (...) », souligne-t-on dans l'entourage de la ministre de l'éducation.

Adapté de lemonde.fr 14.09.2015

Tous ces jeunes étrangers ont eu des parcours :

- a) sans encombre.
- b) très homogènes.
- c) très hétérogènes.
- d) similaires.

Quesito 7 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

L'éducation nationale se mobilise pour la scolarisation des jeunes migrants

Dans des locaux du rectorat de Paris, à deux pas de la porte des Lilas (Paris), une quarantaine d'adolescents se succèdent chaque matin, depuis la rentrée. Des jeunes que l'éducation nationale qualifie, dans sa novlangue, d'« élèves allophones nouvellement arrivés » – autrement dit, des élèves parlant une autre langue que le français. Ils ont entre 10 et 18 ans et viennent y chercher leur sésame : soit une place dans une classe « ordinaire », soit un accueil dans une « unité pédagogique pour élève allophone arrivant » (UPE2A), sorte de « sas » temporaire en collège-lycée où l'accent sera mis, entre autres, sur l'apprentissage du français, avant l'intégration espérée dans le cursus classique. Tout dépendra de leur niveau, évalué au cas par cas. « C'est peu dire qu'il est divers, témoigne Arthur Derviso, l'un des huit enseignants qui fait passer des tests en français, en maths et d'expression orale. Certains jeunes peuvent avoir un très bon niveau scolaire mais ne pas du tout parler le français ; d'autres n'ont jamais mis les pieds à l'école, même dans leur pays d'origine. Quelques-uns viennent de milieux aisés, beaucoup connaissent la précarité. Tous attendent énormément de l'école... Cela fait la richesse de nos classes », souligne-t-il, lui qui enseigne, le reste du temps, dans une UPE2A d'un lycée du 13e arrondissement.

Quelque 50 écoles primaires de Paris en sont actuellement dotées, comme 75 collèges et lycées. Et plus, si besoin, dans les semaines qui viennent, assure-t-on tant du côté de la Ville de Paris que du rectorat. A l'échelle nationale aussi, l'éducation nationale a sonné la mobilisation générale. Selon les estimations ministérielles, entre 8 000 et 10 000 enfants et adolescents pourraient être accueillis en deux ans. « 4 500 en moyenne chaque année, rapportés aux 45 000 élèves allophones que nous scolarisons déjà, ça représente une hausse annuelle de 10 % (...) », souligne-t-on dans l'entourage de la ministre de l'éducation.

Adapté de lemonde.fr 14.09.2015

Selon le ministère :

- a) le taux de scolarisation des migrants va baisser.
- b) le système scolaire français est saturé.
- c) 45000 enfants étrangers seront introduits dans les cursus scolaires.
- d) plusieurs milliers d'enfants étrangers pourront être accueillis dans les prochaines années.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

La littérature sur l'ethnisation des rapports à l'école fait écho aux difficultés rencontrées par les équipes éducatives dans les établissements « sensibles ». Lors d'une enquête autour de la violence menée dans l'académie de Lyon, les acteurs interrogés disent ressentir une certaine frustration à travailler dans un contexte socioculturel ethnisé car ils considèrent que, dans un autre contexte, les élèves auraient évolué autrement. Les situations de conflits, de difficultés à enseigner et à aider les élèves à s'en sortir les amènent à se réfugier dans des attitudes de repli voire de rejet proches d'une discrimination, en contradiction avec les valeurs pour lesquelles

ils avaient choisi ce métier. [...]

Lors du colloque « Le particulier, le commun, l'universel : la question de la diversité culturelle à l'école », F. Lorcerie a rappelé le manque de discours politiques forts, le manque de formation des enseignants sur l'ethnisation (« racisation ») de la société française, sur le contraste entre la réalité et la réputation faite « aux élèves immigrés ». Aucune enquête n'a été réalisée sur les démarches inclusives existantes, qui font le quotidien d'un certain nombre d'enseignants. Par contre, il existe des enquêtes sur l'ethnisation des rapports pédagogiques. Les enseignants de Sciences de la vie et de la terre, de français ou d'histoire doivent fonctionner par accommodement (Éducation et francophonie, 2008). B. Falaize, dans un rapport sur l'enseignement de l'histoire de l'immigration à l'école revient sur cet accommodement, qui sous la forme d'un « credo de la diversité » revient à renverser les stéréotypes et prend la forme d'une « stigmatisation positive ». Pour F. Lorcerie, il est nécessaire que l'école française passe d'une école ethnique à une école pluraliste, mais pour cela il lui manque « une mise en mots ».

Annie Feyfant

Éducation, migration, inégalités et intégration en Europe <http://ife.ens-lyon.fr>

Que veut dire « établissements sensibles » ?

- a) Des structures scolaires situées dans des quartiers difficiles, avec une forte présence d'enfants d'immigrés.
- b) Des institutions spécialisées dans l'accueil d'enfants difficiles.
- c) Des institutions spécialisées dans le traitement des enfants sensibles.
- d) Des structures scolaires particulièrement actives dans l'éducation au pluralisme.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

La littérature sur l'ethnisation des rapports à l'école fait écho aux difficultés rencontrées par les équipes éducatives dans les établissements « sensibles ». Lors d'une enquête autour de la violence menée dans l'académie de Lyon, les acteurs interrogés disent ressentir une certaine frustration à travailler dans un contexte socioculturel ethnisé car ils considèrent que, dans un autre contexte, les élèves auraient évolué autrement. Les situations de conflits, de difficultés à enseigner et à aider les élèves à s'en sortir les amènent à se réfugier dans des attitudes de repli voire de rejet proches d'une discrimination, en contradiction avec les valeurs pour lesquelles ils avaient choisi ce métier. [...]

Lors du colloque « Le particulier, le commun, l'universel : la question de la diversité culturelle à l'école », F. Lorcerie a rappelé le manque de discours politiques forts, le manque de formation des enseignants sur l'ethnisation (« racisation ») de la société française, sur le contraste entre la réalité et la réputation faite « aux élèves immigrés ». Aucune enquête n'a été réalisée sur les démarches inclusives existantes, qui font le quotidien d'un certain nombre d'enseignants. Par contre, il existe des enquêtes sur l'ethnisation des rapports pédagogiques. Les enseignants de Sciences de la vie et de la terre, de français ou d'histoire doivent fonctionner par accommodement (Éducation et francophonie, 2008). B. Falaize, dans un rapport sur l'enseignement de l'histoire de l'immigration à l'école revient sur cet accommodement, qui sous la forme d'un « credo de la diversité » revient à renverser les stéréotypes et prend la forme d'une « stigmatisation positive ». Pour F. Lorcerie, il est nécessaire que l'école française passe d'une école ethnique à une école pluraliste, mais pour cela il lui manque « une mise en mots ».

Annie Feyfant

Éducation, migration, inégalités et intégration en Europe <http://ife.ens-lyon.fr/>

Qui sont les acteurs interrogés dans l'enquête sur la violence au sein de l'académie de Lyon ?

- a) Le personnel administratif.
- b) Des chercheurs en sciences sociales.
- c) Des enseignants et le personnel éducatif.

- d) Les éducateurs de rue.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

La littérature sur l'ethnisation des rapports à l'école fait écho aux difficultés rencontrées par les équipes éducatives dans les établissements « sensibles ». Lors d'une enquête autour de la violence menée dans l'académie de Lyon, les acteurs interrogés disent ressentir une certaine frustration à travailler dans un contexte socioculturel ethnisé car ils considèrent que, dans un autre contexte, les élèves auraient évolué autrement. Les situations de conflits, de difficultés à enseigner et à aider les élèves à s'en sortir les amènent à se réfugier dans des attitudes de repli voire de rejet proches d'une discrimination, en contradiction avec les valeurs pour lesquelles ils avaient choisi ce métier. [...]

Lors du colloque « Le particulier, le commun, l'universel : la question de la diversité culturelle à l'école », F. Lorcerie a rappelé le manque de discours politiques forts, le manque de formation des enseignants sur l'ethnisation (« racisation ») de la société française, sur le contraste entre la réalité et la réputation faite « aux élèves immigrés ». Aucune enquête n'a été réalisée sur les démarches inclusives existantes, qui font le quotidien d'un certain nombre d'enseignants. Par contre, il existe des enquêtes sur l'ethnisation des rapports pédagogiques. Les enseignants de Sciences de la vie et de la terre, de français ou d'histoire doivent fonctionner par accommodement (Éducation et francophonie, 2008). B. Falaize, dans un rapport sur l'enseignement de l'histoire de l'immigration à l'école revient sur cet accommodement, qui sous la forme d'un « credo de la diversité » revient à renverser les stéréotypes et prend la forme d'une « stigmatisation positive ». Pour F. Lorcerie, il est nécessaire que l'école française passe d'une école ethnique à une école pluraliste, mais pour cela il lui manque « une mise en mots ».

Annie Feyfant

Éducation, migration, inégalités et intégration en Europe <http://ife.ens-lyon.fr/>

Comment sont-ils amenés malgré eux à avoir une attitude « proche de la discrimination »?

- a) À cause du contexte socioculturel.
- b) À cause de l'importance de leurs difficultés et des résultats insuffisants de leur travail.
- c) À cause du racisme des élèves.
- d) À cause de leur racisme.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

La littérature sur l'ethnisation des rapports à l'école fait écho aux difficultés rencontrées par les équipes éducatives dans les établissements « sensibles ». Lors d'une enquête autour de la violence menée dans l'académie de Lyon, les acteurs interrogés disent ressentir une certaine frustration à travailler dans un contexte socioculturel ethnisé car ils considèrent que, dans un autre contexte, les élèves auraient évolué autrement. Les situations de conflits, de difficultés à enseigner et à aider les élèves à s'en sortir les amènent à se réfugier dans des attitudes de repli voire de rejet proches d'une discrimination, en contradiction avec les valeurs pour lesquelles ils avaient choisi ce métier. [...]

Lors du colloque « Le particulier, le commun, l'universel : la question de la diversité culturelle à l'école », F. Lorcerie a rappelé le manque de discours politiques forts, le manque de formation des enseignants sur l'ethnisation (« racisation ») de la société française, sur le contraste entre la réalité et la réputation faite « aux élèves immigrés ». Aucune enquête n'a été réalisée sur les démarches inclusives existantes, qui font le quotidien d'un certain nombre d'enseignants. Par contre, il existe des enquêtes sur l'ethnisation des rapports pédagogiques. Les enseignants de Sciences de la vie et de la terre, de français ou d'histoire doivent fonctionner par accommodement (Éducation et francophonie, 2008). B. Falaize, dans un rapport sur l'enseignement de l'histoire de l'immigration à l'école revient sur cet accommodement, qui sous la forme d'un « credo de la diversité » revient à renverser les stéréotypes et prend la forme d'une « stigmatisation positive ». Pour F. Lorcerie, il est

nécessaire que l'école française passe d'une école ethnique à une école pluraliste, mais pour cela il lui manque « une mise en mots ».

Annie Feyfant

Éducation, migration, inégalités et intégration en Europe <http://ife.ens-lyon.fr/>

D'après F. Lorcerie, pourquoi une formation des enseignants sur « l'ethnisation » est-elle nécessaire ?

- a) Pour élargir les horizons culturels de l'école.
- b) Pour redéfinir les valeurs culturelles de la France.
- c) Pour éviter que les élèves immigrés soient victimes de discrimination de la part de l'école.
- d) Pour s'adresser aux élèves immigrés en fonction de leur appartenance ethnique.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

La littérature sur l'ethnisation des rapports à l'école fait écho aux difficultés rencontrées par les équipes éducatives dans les établissements « sensibles ». Lors d'une enquête autour de la violence menée dans l'académie de Lyon, les acteurs interrogés disent ressentir une certaine frustration à travailler dans un contexte socioculturel ethnisé car ils considèrent que, dans un autre contexte, les élèves auraient évolué autrement. Les situations de conflits, de difficultés à enseigner et à aider les élèves à s'en sortir les amènent à se réfugier dans des attitudes de repli voire de rejet proches d'une discrimination, en contradiction avec les valeurs pour lesquelles ils avaient choisi ce métier. [...]

Lors du colloque « Le particulier, le commun, l'universel : la question de la diversité culturelle à l'école », F. Lorcerie a rappelé le manque de discours politiques forts, le manque de formation des enseignants sur l'ethnisation (« racisation ») de la société française, sur le contraste entre la réalité et la réputation faite « aux élèves immigrés ». Aucune enquête n'a été réalisée sur les démarches inclusives existantes, qui font le quotidien d'un certain nombre d'enseignants. Par contre, il existe des enquêtes sur l'ethnisation des rapports pédagogiques. Les enseignants de Sciences de la vie et de la terre, de français ou d'histoire doivent fonctionner par accommodement (Éducation et francophonie, 2008). B. Falaize, dans un rapport sur l'enseignement de l'histoire de l'immigration à l'école revient sur cet accommodement, qui sous la forme d'un « credo de la diversité » revient à renverser les stéréotypes et prend la forme d'une « stigmatisation positive ». Pour F. Lorcerie, il est nécessaire que l'école française passe d'une école ethnique à une école pluraliste, mais pour cela il lui manque « une mise en mots ».

Annie Feyfant

Éducation, migration, inégalités et intégration en Europe <http://ife.ens-lyon.fr/>

Que manque-t-il, d'après F. Lorcerie, pour que l'école française devienne une école pluraliste ?

- a) Les mots, et donc les concepts, pour repenser la diversité.
- b) Un esprit plus ouvert.
- c) Une parole libérée sur la question.
- d) Des discours politiques adaptés.